

Autofreie Altstadt Reutlingen

Bereits der Stuttgarter Gemeinderat hatte es beschlossen, in zahlreichen anderen Städten bewegt sich was und seit kurzem beschäftigt ein interfraktioneller Antrag auf Initiative der LINKEN LISTE gemeinsam mit Grünen/Unabhängigen, der FWV, SPD und der WIR-Fraktion auch die Stadtverwaltung in Reutlingen.

Stadtrat Rüdiger Weckmann über einen lang gehegten Traum



Metzgerstraße autofrei [Zeichnung: Karin Schliehe]

Ein Zielbeschluss, unter dem Motto »Stärkung der Innenstadt durch aufenthaltsfreundliche Gestaltung – Autofreie Altstadt« soll den Autoverkehr in der Innenstadt langfristig durch ein alternatives Verkehrskonzept ersetzen. Durch den Wegfall von oberirdischen Parkplätzen soll Platz für Radler, Fußgänger, ÖPNV-Angebote und Lebensraum geschaffen werden.

Der interfraktionelle Antrag fordert die Verwaltung zur Vorlage eines Konzeptes auf, um in der Altstadt die öffentlichen Räume vom Autoverkehr zu entlasten und in 10 Jahren zur autofreien Zone umzugestalten.

Areal historische Altstadt

Das Gebiet umfasst die historische Altstadt: im Osten einschließlich der Metzgerstraße, im Norden bis zu Karlstraße und Eberhardtstraße und im Süden bis zur Lederstraße.

Für Mobilitätseingeschränkte und Zulieferung müssen konkrete Konzepte erarbeitet werden. Denkbar wäre etwa, Taxiverkehr in die öffentliche Mobilität einzubeziehen. Paketanlieferung wird künftig durch Lastenräder erfolgen. Einen entsprechenden Gemeinderatsbeschluss setzte die LINKE LISTE durch. In Nürnberg läuft ein entsprechendes Pilotprojekt der DPD vielversprechend an. Man ist dort der Überzeugung, dass herkömmliche Fahrzeuge vollständig ersetzt werden können.

Aufenthalts- und Begegnungsort

In einem Positionspapier nimmt auch der Deutsche Städtetag deutlich Stellung zur infrastrukturellen Gestaltung von Innenstädten. Demnach sei der öffentliche Raum wieder mehr zum Aufenthalts- und Begegnungsort umzugestalten.

...bitte lesen Sie weiter auf Seite 2

Erfolgreiche Politik einer kleinen „Fraktion“

LINKS wirkt Seite 2

Wohnbauflächenoffensive paradox

Hinter der Hopfenburg Seite 2

Wie die Stadt echtes Potential für sozialen Wohnraum vergeigt

Die Wohnraumsituation in Reutlingen Seite 3

Die Regierung dreht sich nur um sich selbst

Jessica Tatti beim SWR Seite 3

Interview mit Carola Rau und Rüdiger Weckmann

Angekommen Seite 4

Eine Tour durch den Landkreis

Sommergespräche Seite 5

In der Schatzkiste der Natur

„Wildwiese“ Sondelfingen Seite 6

Das letzte Aufbäumen einer Untoten

Dietweggrasse begraben Seite 7

Zehntausende kämpfen für Menschenrecht auf hoher See

Aktion Seebrücke Seite 8

Ehrung für jahrzehntelanges Engagement

Bundesverdienstkreuz für Günter Jung Seite 9

Eine Gegenbewegung zur Abschottungspolitik

Die solidarische Stadt Seite 10

Beim Abschieben sind sie fix, Für Beschäftigte tun sie nix

Schließung BAMF in Eningen Seite 11

Links in Reutlingen, Termine, Kontakte und Impressum

Über uns Seite 12

LINKS wirkt!

Es ist nicht immer einfach, aus einer kleinen Gruppe heraus erfolgreich Politik zu gestalten. Doch auch als derzeit kleinste politische Kraft im Gemeinderat gelingt es uns, mit konstruktiven Vorschlägen Mehrheiten zu gewinnen oder Diskussionen anzuregen. Unsere Orientierung auf Sachpolitik bringt Anerkennung auch bei anderen Fraktionen.

Zum Beispiel Luftreinhalteplan

Großes Thema war und ist der Luftreinhalteplan in Reutlingen. Es sind einfach zu viele Autos auf der Straße sich selbst im Weg; am Steuer der verärgerte Autofahrer oder die wütende Autofahrerin.

Für diese braucht es attraktive Alternativen. Richtige Schritte in diese Richtung wurden gemacht. Das neue Buskonzept mit Taktverkehr und neuen Linien (geplant für 2019), günstigere Tickets ab 2019, einladende und sichere Radwege (Masterplan Radverkehr) und in der Ferne die Regionalstadtbahn.

Folgende unserer ergänzenden Anträge zum Luftreinhalteplan wurden vom Gemeinderat beschlossen:

- Paketanlieferungen in der Innenstadt nur noch durch Elektro-Lastebikes.
- Die im Luftreinhalteplan vorgeschlagene Einrichtung von Mobilitätspunkten soll zeitnah erfolgen.
- Die personellen Ressourcen für die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung werden bereit gestellt. Als erster Schritt wird die Parkraumbewirtschaftung Ringelbach I und II durchgeführt.
- Weitere Park-And-Ride-Angebote werden geschaffen und mit dem RSV abgestimmt.
- Autofreie Altstadt: Gemeinderatsmehrheit für einen gemeinsamen Antrag. Auch das ist ein Beitrag zur Verbesserung der Luft sowie der Aufenthaltsqualität in der Stadt.

Fortsetzung von Seite 1 – Autofreie Altstadt Reutlingen

Die Verkehrsflächen seien gerechter aufzuteilen, gemischt genutzte Flächen könnten helfen, Geschwindigkeiten zu reduzieren. Der ÖPNV müsse zusammen mit dem Fuß- und Radverkehr und in den ÖPNV eingebundene Sharing-Systeme das Rückgrat des städtischen Verkehrs bilden und Teile des motorisierten Individualverkehrs ablösen. Der ruhende KFZ-Verkehr, also parkende Autos, in Städten sei entscheidend zu reduzieren.



Der Berliner Soziologe und Mobilitätsforscher Andreas Knie in der BZ:

„Seit Ende der 1920er-Jahre haben wir eine auf das Auto fixierte Stadtplanung. (...) Seitdem haben wir immer mehr Straßen gebaut und dem Auto mit der Straßenverkehrsordnung eine Vorrangstellung eingeräumt. (...)“

Nach einer Untersuchung der TU Dresden kostet ein Autostellplatz pro Jahr 3.500 bis 5.500 Euro.“

In Wuppertal-Elberfeld gibt es bereits einen Beschluss, die Innenstadt autofrei zu gestalten. Deren Planer schreiben: "Innerstädtische Fußgängerzonen haben immer die gleiche Geschichte durchlaufen: anfangs kritisiert und mit vielen Befürchtungen abgelehnt, haben sich heute alle Akteurinnen und Akteure dar-

auf eingelassen und profitieren nun vom Nutzen: Aufenthaltsqualität, Stadterlebnis, Einkaufsvergnügen und Umsatzsteigerung."

In einer GEA-Umfrage im Oktober 2018 sprachen sich 55% für und nur 35% gegen eine autofreie Altstadt aus.

Hinter der Hopfenburg

Aus dem Gemeinderat berichtet Carola Rau, Stadträtin LINKE LISTE Reutlingen

Am 19. Juli 2018 stand die Entscheidung über den städtebaulichen Wettbewerb für den Bebauungsplan „Hinter der Hopfenburg“, Gemarkung Reutlingen, Flur Sondelfingen zur Abstimmung im Gemeinderat an.

In der Beschlussvorlage wurde ausgeführt, dass die Vorgaben der Stadt Reutlingen zur Schaffung von preiswertem Wohnraum, der Reutlinger „Wohnbauflächenoffensive 2025“ Anwendung finden. Hierin sind unter anderem auch die Parameter zur Reduzierung der Stellplatzverpflichtung aufgeführt, wonach aufgrund der Nähe zur Innenstadt oder eines guten Anschlusses an den ÖPNV eventuell nur 0,75 Stellplätze pro Wohneinheit nötig sind, um so die Baukosten zu reduzieren.

In der Wettbewerbsausschreibung für die Hopfenburg fordert die Verwaltung jedoch, dass mindestens 1,25 Stellplätzen pro Wohneinheit einzuhalten sind.

„Warum finden die Parameter zur Reduzierung der Stellplatzverpflichtung hier keine Anwendung?“, diese Frage stellte ich Herrn Dvorak, der zuvor den Fachvortrag zum Bebauungsplan

gehalten hatte. Er gab zwar an, dass bei diesem Bauvorhaben diese Parameter Anwendung finden könnten, aber man habe halt mal die Maximalforderung gestellt, man könne ja später immer noch davon abrücken.

Nun fragt man sich, was soll denn das?

Da kann ja kein gerechter Wettbewerb stattfinden. Für Bauherrengemeinschaften, die in der Regel zur Eigennutzung bauen, ist diese Manipulation, die letztlich höhere Baukosten verursacht, deutlich kritischer, als für große Investoren.

Nach langer kontroverser Diskussion war die Wirksamkeit der Wohnbauoffensive errungen und mit Stolz fraktionsübergreifend präsentiert worden. Um so bedauerlicher ist es, wie die Stadt Reutlingen mit Ihrer eigenen Wohnungsbauoffensive umgeht!

Die Wohnraumsituation in Reutlingen

Wer sich in den bekannten Internet-Portalen auf Wohnungssuche in Reutlingen begibt, wird rasch feststellen: das Angebot ist äußerst knapp! Unter zehn Euro pro Quadratmeter ist auch bei bescheidener Qualität fast nichts zu haben. Doch die Wohnraumsituation in Reutlingen ist auch ein Verteilungsproblem.

Ein Bericht von Achim Müller

Die renommierte Hans-Böckler-Stiftung hat in ihrer 2018 veröffentlichten Studie aufgezeigt, dass in Reutlingen zwar die Versorgungslücke an Wohnungen im Vergleich zu anderen Großstädten eher durchschnittlich ist, es aber an einer idealtypischen Verteilung der einzelnen Wohnungsgruppen mangelt.

Es ist ein ganz spezifisches Reutlinger Problem, dass die Mieterhaushalte mit durchschnittlichem Einkommen und darunter völlig unzureichend mit leistbarem Wohnraum versorgt sind.



So verfügen in der gängigen Wohnungsgröße von 75-90 m² nicht einmal 40% der Mieter über eine leistbare Wohnung. Reutlingen ist damit zusammen mit München Schlusslicht aller 77 Großstädte in Deutschland! Ein Aufschrei darüber war in der Stadt nicht zu vernehmen. Hat man das Problem überhaupt aufgenommen und verstanden?

Mangel an Sozialwohnungen

Was fehlt, sind vor allem Sozialwohnungen. Der Soziale Wohnungsbau kam nach 1990 praktisch zum Erliegen und die Zahl der Sozialwohnungen nahm von Jahr zu Jahr immer weiter ab.

Und was wird in Reutlingen dagegen unternommen? Derzeit sind zwar zahlreiche Baugebiete und Bauprojekte in Planung, fertig gestellt wurde

aber noch keine Sozialwohnung. Die „Reutlinger Wohnbauflächenoffensive“ gaukelt einen Anteil an Sozialwohnungen von einem Drittel bei künftigen Bauprojekten vor aber realistisch betrachtet dürfte die Quote insgesamt unter 20% liegen. Selbst die städtische Tochter, die GWG Reutlingen, will innerhalb der nächsten 10 Jahre gerade mal gut 40 Sozialwohnungen im Jahr bauen. Ein Tropfen auf den heißen Stein.

Neuaufrichtung der GWG

Die LINKE LISTE im Reutlinger Gemeinderat hat einen umfassenden Antrag zur strategischen Neuaufrichtung der GWG gestellt, damit sich diese durch Selbstbindung auf die Grundsätze der Wohnungsgemeinnützigkeit rückbesinnt.

Mit über 250 Mio. Euro freien Rücklagen verfügt die GWG über genügend finanzielle Reserven, weitaus ehrgeizigere Ziele beim Sozialen Wohnungsbau anzugehen.

Jede andere Art von Wohnungsbau können sich nur noch die überdurchschnittlichen Einkommensgruppen, nicht einmal mehr die Mittelklasse leisten. Selbst die GWG Reutlingen verlangt beim frei finanzierten Wohnungs-Neubau 11 €/m², die privaten Bauträger noch deutlich mehr. Und ohne wirksame staatliche Gegenmaßnahmen, wie z.B. die Festlegung von Höchstmieten, explodieren die Mieten laufend weiter.

Das ist sozialer Sprengstoff in Reinform, es geht um Staatsversagen bei der Daseinsvorsorge im Bereich existenzieller Lebensgrundlagen. Höchste Zeit, dass in Reutlingen was geht! Die LINKE LISTE wird das Wohnungsthema ins Zentrum ihres Kommunalwahlkampfes 2019 stellen.

„Die Regierung dreht sich nur um sich selbst“

Auszug aus einem Interview des SWR vom 02.10.2018 mit Jessica Tatti (MdB für die Fraktion DIE LINKE) zur Frage des derzeitigen öffentlichen und medialen Auftritts der Großen Koalition in Berlin.

„Medial, muss man sagen, spielt es natürlich eine große Rolle, dass sich die Regierung von der einen Krise zur nächsten hangelt und dass man den Eindruck gewinnt, dass es überhaupt nicht mehr um die Probleme der Bevölkerung geht.“



Jessica Tatti (MdB, DIE LINKE)

Wir haben dramatischen Bedarf, über preiswertes Wohnen, über bezahlbaren Wohnraum und über die Schaffung von Sozialwohnungen zu sprechen.

Wir haben einen großen prekären Arbeitsmarkt, wo wir darüber diskutieren müssen, wie man denn den Menschen wieder mehr Sicherheit geben kann, mehr Planungssicherheit auch für ihre Zukunft. Wir haben neue Themen, Strukturwandelprozesse mit der Digitalisierung. Wir haben auch die Debatte Braunkohle. Wir haben die Debatte der Energiewende und so weiter...

Und da finde ich, ist es schon sehr traurig, dass die Regierung sich nur um sich selbst dreht.“

Angekommen

Ein Interview mit Carola Rau und Rüdiger Weckmann, den neuen Stadträten der LINKEN LISTE in Reutlingen

Carola Rau (im April 2018) und Rüdiger Weckmann (im November 2017) sind für die beiden aus dem Gemeinderat ausscheidenden Jessica Tatti und Thomas Ziegler als Stadträtin und Stadtrat der LINKEN LISTE in das Rathaus der Achalmstadt eingezogen. Wir haben sie nach ihren ersten Eindrücken und Erlebnissen befragt.

Carola und Rüdiger, bevor wir in die Tiefe gehen, wie habt ihr eure ersten Gemeinderatssitzungen erlebt?

Carola: Am Anfang war ich tatsächlich ein wenig aufgeregt, aber nach dem Ritual der Vereidigung und der Aufnahme im Gremium habe ich mich sofort in den Ablauf der Sitzung eingefunden. Mir fiel in der ersten Sitzung auf, dass sehr viel zu Tagesordnungspunkten gesprochen wurde, über die sowieso schon Einigkeit bestand. In einem Punkt allerdings wurde kontrovers diskutiert: über den Durchlass für Mensch und Amphibien beim Listhof. Dem habe ich voller Überzeugung zugestimmt.



Carola Rau, Stadträtin LINKE LISTE

Rüdiger: Positiv überrascht war ich von der freundlichen Aufnahme der Gemeinderatsmitglieder aller Fraktionen. Wie ein Fremder musste ich mich jedoch ohnehin nicht fühlen, denn mit vielen Stadträten war ich schon vorher bekannt. Nachdem die akustische Situation verbessert wurde und die ersten Anträge von uns eine Gemeinderatsmehrheit fanden, fing es an, mir Spaß zu machen. Unser Antrag zur City-Logistik, wonach die Paketanlieferung künftig in der Innenstadt durch Elektro-Lasten-Bikes erfolgen soll, war für mich so ein Schlüsselerlebnis.

Du sprichst akustische Probleme an. Das betrifft sicher deine Hörbehinderung und die Frage ob hier endlich Induktionsschleifen installiert werden. Hast du den Eindruck, dass du etwas bewegen kannst?

Die von uns beantragte Lösung für Hörbehinderte wurde im Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Die Umsetzung lässt jedoch noch auf sich warten. Für mich wurde deshalb eine individuelle Zwischenlösung installiert.

Die ersten Monate ohne diese Unterstützung waren für mich sehr schwierig, denn ich konnte vieles akustisch nicht verstehen.

Auch eine Art Förderung von Teilhabe! Carola, du bist Vorstandsvorsitzende der Arbeiterbildung e.V. Ist Teilhabe am sozialen Leben auch ein Thema bei euch oder welche Schwerpunkte bringst du aus dieser Funktion mit?

Die Erfahrungen als Vorsitzende der Arbeiterbildung e.V. prägen mich natürlich spürbar.

Viele Klienten, die in unsere Beratung kommen, haben Probleme bei der Teilhabe am sozialen Leben in unserer Stadt. Wenn man von Hartz IV leben muss, bleibt kaum was übrig, um mal ins Café zu sitzen, ins Kino oder ins Theater zu gehen. Schon die Busfahrt in die Stadt ist auf Dauer zu teuer.

Es gibt zwar einige Einrichtungen, die Angebote für Bedürftige haben, aber dort sind sie auch wieder weitestgehend unter sich.

Der Antrag "autofreie Innenstadt" kann sich zweifelsohne als ein Erfolg sehen lassen.

Es ist euch gelungen, den Antrag mit fraktionsübergreifender Unterstützung in den Gemeinderat einzubringen. Wie habt ihr das geschafft?

Rüdiger: Zuerst haben wir Stuttgarter Stadträte zu einer öffentlichen Veranstaltung zu diesem Thema eingeladen. Der GEA berichtete ausführlich darüber. In den Monaten danach präsentierten wir die Idee in Organisationen und führten viele Einzelgespräche, unter anderem mit Einzelhändlern, RT-aktiv und dem BUND. Der Zuspruch ermutigte uns, andere Fraktionen auf einen interfraktionellen Antrag anzusprechen. Auch da stießen wir – außer bei den Fraktionen von CDU und FDP – auf Zustimmung. Wichtig für diese Zustimmung war das Konzept einer langfristigen Umsetzung, um Zeit zu haben, die betroffenen Bewohner und Geschäftsleute einzubinden und



Rüdiger Weckmann, Stadtrat LINKE LISTE

sehr gute und akzeptable Lösungen zu finden.

Carola: Das war schon lange eine Herzensangelegenheit von Rüdiger und traf sich gut mit meiner Vorstellung von einer fußgängerfreundlichen Altstadt, die zum Flanieren einlädt, wo man Leute treffen und entspannt Einkaufen kann. Mit meinem Mann bin ich oft in deutschen Städten unterwegs und wir haben sehr positive Erfahrungen mit autofreien Innenstädten gemacht, wo die Zufahrt auf Anwohner und Zulieferer beschränkt ist.

Welches sind die nächsten großen Themen, die ihr in Angriff nehmen werdet?

Carola: Bezahlbarer Wohnraum für alle! Reduzierung nichtöffentlicher Gemeinderatssitzungen auf das absolute Minimum!

Rüdiger: Wir haben noch viel auf der Agenda. An Ideen fehlt es uns nicht. Etwa die Neuausrichtung der GWG mit dem Ziel, deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum für alle Reutlingerinnen und Reutlinger zu schaffen. Oder ein Masterplan für die Gesamtentwicklung der Stadt. Denn für Verkehr, Stadtentwicklung, Inklusion und Integration liegen im Einzelnen bereits interessante Pläne vor. Was jedoch fehlt, sind innovative Ansätze, diese miteinander zu verbinden.

Ganz zum Schluss: Was sind eure persönlichen Wünsche für ein sozialeres, herzlicheres und schöneres Reutlingen?

Rüdiger: Die autofreie Altstadt habe ich schon genannt, aber auch die anderen Stadtbezirke sollen von einer Entwicklung profitieren, die die Stadt sozialer, grüner und damit lebenswerter macht.

Mehr Barrierefreiheit, ein größeres Kulturangebot, bessere Luft. Ich bin erst dann zufrieden, wenn alle Bürgerinnen und Bürger Reutlingens eine bezahlbare Wohnung haben und ihre Mobilität und kulturelle Teilhabe nicht durch ihren Geldbeutel beschränkt wird.

Carola: Verbesserungen für unsere Kinder. Angebote außerhalb der Schule, damit alle Entwicklungsbedarfe gedeckt und Kinder unterstützt werden können. Im Besonderen auch Mädchen, die außerhalb ihres Elternhauses darauf angewiesen sind.

Mit den vielen Institutionen in unserer Stadt, wie zum Beispiel der Stiftung Jugendwerk e.V., Hilfe zur Selbsthilfe e.V., Görls e.V., Kulturwerkstatt e.V., Wirbelwind e.V. oder dem Jugendantidiskriminierungsprojekt T.A.L.K. haben wir ein großes Potential, das unterstützt und gestärkt werden muss.

Sommorgespräche

Von DGB, IG Metall und ver.di zur Industrie- und Handelskammer, von der Agentur für Arbeit über Hochschule bis zu den Geschäftsleitungen von Unternehmen wie Robert Bosch, WAFIOS und Manz, von Rotes Kreuz und ridaf zu Diakonischem Werk und Caritas: die Bandbreite der Interessierten, die das Angebot unserer Bundestagsabgeordneten Jessica Tatti für ein während der Parlamentsferien "Sommorgespräch" im Reutlinger Wahlkreis angenommen haben, durfte erfreulich breit ausfallen.



Zu Besuch beim Deutschen Roten Kreuz. V.l.n.r.: Markus Metzger (DRK), Carola Rau, Thomas Ziegler, Jessica Tatti, Michael Tiefensee (DRK-Kreisgeschäftsführer)

Um zugleich auch örtliche Themen besprechen zu können, wurde unsere MdB dabei von den Stadträten Carola Rau und Rüdiger Weckmann sowie den Kreisräten Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler begleitet. Gerade für uns Kreisräte der Fraktion DIE LINKE hoch informativ erwiesen sich die von unserer Abgeordneten mit insgesamt zwölf Bürgermeistern des Landkreises geführten Informations- und Erfahrungsaustausche. Für OB Dr. Fiedler, Metzingen, bis Bürgermeisterin Kentner in Mehrstetten bestand dabei vor

allem zu den Themen Wohnungsbau und Beschaffung Bauland, Ortsentwicklungsplanung, medizinische Versorgung, Kinderbetreuung, Aufnahme der Flüchtlinge sowie notwendige digitale Infrastruktur hoher Gesprächsbedarf verbunden mit zahlreichen Erkenntnissen und dringenden Wünschen für Berlin. Unsere Abgeordnete dort hat sich als ausgesprochen sachkundige Vertretung des Reutlinger Wahlkreises zu den derzeit hochpolitischen Bundesthemen jetzt bestens bekannt gemacht - Fortsetzung folgt!



Bei der Diakonie. V.l.n.r.: Günter Klinger (Geschäftsführer Diakonieverband Reutlingen, Thomas Ziegler, Jessica Tatti, Rüdiger Weckmann, Petra Braun-Seitz, Stephanie Gohl (Diakonie)

Schatzkiste der Natur: die Wildwiese Sondelfingen

Die Bürgerinitiative „Wildwiese Sondelfingen“ wurde im Februar 2016 gegründet, nachdem Planungen über eine großflächige Bebauung des Gebiets Bergäckerhalden zwischen dem Friedhof Sondelfingen und Orschel-Hagen publik wurden. In diesem Naherholungsgebiet befinden sich die schönsten Blühwiesen im Reutlinger Nordraum, die als FFH (Flora-Fauna-Habitat) Mähwiesen ausgewiesen und geschützt sind.



Blühwiesen in Sondelfingen [Foto: Beate Ehrmann]

Die Blühwiesen erstrecken sich über etwa die Hälfte des 10,3 Hektar großen Planungsgebietes. Das Umweltministerium BW nennt die FFH-Mähwiesen „Juwelen des Landes“ und „Schatzkisten der Natur“.

Die Bürgerinitiative hat in den Jahren 2017 und 2018 eine Bestandserhebung der Pflanzen- und Tierarten in den Bergäckerhalden durchgeführt und viele geschützte Arten, vor allem Vögel und Insekten entdeckt. Beispielsweise wurden 6 einheimische Specht-Arten gesichtet, der Wanderfalke, ein Waldohreulenpaar bei der Aufzucht von Jungvögeln, Rotmilane, eine Vielzahl von Schmetterlingen wie der Kleine Feuerfalter oder das Esparsetten-Widderchen aber auch Säugtiere wie der Feldhase und der Hermelin. Im Mai und Juni blühen die Wiesen in voller Pracht mit beeindruckenden Beständen von Wiesen-Salbei, Glockenblumen und Milch-Doldentern. Es flattert und summt, dass einem das Herz dabei aufgeht. Auf den Streuobstwiesen befinden sich über 250 Obstbäume aller Art, darunter

viele stattliche und alte Exemplare. Das Land Baden-Württemberg hat ein Artenschutzprogramm über 30 Mio. Euro aufgelegt, hauptsächlich zum Schutz von Insekten. Mit den neuen FFH-Verordnungen soll der Schutz der Mähwiesen verbessert werden. Da klingt es wie blanker Zynismus, wenn die Stadt Reutlingen mit ihren Expansionsplänen den Naturschutz konterkariert.

Aber es sprechen noch viele weitere Argumente gegen die Ausweisung eines Baugebietes in den Bergäckerhalden: die Frischluftversorgung von Sondelfingen würde nachhaltig gefährdet, es fehlt die Infrastruktur für ca. 1.000 zusätzliche Einwohner (ÖPNV, Läden, Straßenanbindung etc.), die durch den Achalmtunnel ohnehin schon belastete Sondelfinger Emissionslage würde weiter verschlechtert, die Überschwemmungsgefahr für den Ortskern durch Oberflächenwasserstiege und ein weiteres Naherholungsgebiet wäre für immer verschwunden.

Die LINKE LISTE spricht sich grundsätzlich gegen die Versiegelung von Grünflächen aus und präferiert die Innenverdichtung. Ein gutes Beispiel hierfür sind die „Schieferterrassen (Blue Village)“. In begrenztem Umfang werden aber auch geeignete ortsnahe Flächen im Außenbereich für Wohnbebauung in Anspruch genommen und bestehende Baugebiete arrondiert werden müssen, um neuen, insbesondere auch leistbaren Wohnraum zu schaffen.

Was in Reutlingen jedoch schmerzlich vermisst wird, ist ein ganzheitliches Siedlungskonzept, das alle relevanten Parameter wie soziale Aspekte, Städtebau, Klimaschutz, Ökologie, Ökonomie, Infrastruktur u.v.m. beinhaltet und gewichtet. Es müssen z.B. auch innerstädtisch grüne Lungen erhalten bleiben. Innovative Wohnkonzepte mit effizienter Flächenausnutzung sind gefragt.

Aus Sicht der Stadtverwaltung mag für das geplante Baugebiet Bergäckerhalden Ost/West sprechen, dass der Widerstand vor Ort als gering eingestuft wird (6 von 11 Sondelfinger Bezirksbürgermeistern waren bei den Vorbereitungen befangen, da sie selbst oder ihre Familien dort Grundstücke besitzen). Solche opportunistischen Erwägungen ersetzen aber keine objektive Abwägung bei der Vorauswahl von möglichen neuen Baugebieten. Fest steht auch für DIE LINKE, dass Bergäckerhalden Ost/West als neue Wohnbaufläche keinesfalls geeignet erscheint und daher eine Einstellung des Bebauungsplanverfahrens dringend zu prüfen ist.

Dafür jedenfalls kämpft die „Wildwiese Sondelfingen“

Achim Müller

Dietwegtrasse.

Der Stand eines untoten Projektes

„Dietwegtrasse begraben“ – so titelte der GEA am 21. März 2012. Was war passiert? Die Stadtverwaltung hatte eine ausführliche Untersuchung dieses Projekts angestoßen und das Fazit des beauftragten Gutachters lautete wörtlich: „Wegen der hohen Kosten, der erheblichen Eingriffe und der überwiegend negativen verkehrlichen Wirkungen wird empfohlen, die Dietwegtrasse nicht weiter zu verfolgen.“

Jetzt will Reutlingen, jetzt will Stuttgart, jetzt will Berlin diese neue Straße plötzlich doch bauen, sogar vordringlich, denn deren Baukosten, immerhin rund 40 Mio. Euro, wären bereits nach knapp 2,5 Jahren Betrieb durch den hohen Nutzen dieser Straße wieder ausgeglichen. Im Vergleich mit anderen Straßen ist das beinahe ein bundesweiter Spitzenwert!

Ja, was denn nun, Flop oder Top? Nicht nur der BUND erkannte den Widerspruch und er reichte fristgerecht eine detaillierte Stellungnahme beim Bundesverkehrsministerium ein, die jedoch völlig wirkungslos blieb. Zusammen mit der Bürgerinitiative „Keine Dietwegtrasse“ verlangten wir daraufhin präzise bezeichnete Rohdaten, um selbst nachprüfen zu können.

Die Antwort erhielten wir am 10. September 2018:

„Sämtliche dem Ministerium verfügbaren Informationen sind ohnehin öffentlich zugänglich.“

Diese Informationen umfassen aber nur das Ergebnis der Rechnung, nicht den Rechenweg. Dafür gäbe es in der Schule ein ungenügend. Das Ministerium hat offensichtlich kein Interesse daran, die Informationen so zur Verfügung zu stellen, dass eine Prüfung überhaupt möglich ist.

Die Prüfung unserer damaligen Stellungnahme hat „keinen Anpassungsbedarf“ ergeben.

So richtig ernst genommen fühlt man sich da nicht; derzeit überlegen wir die nächsten Schritte.

Was ist nun der „Nutzen“ einer neuen Straße, wenn die Autos sie doch kostenlos befahren dürfen?

Entgegen jahrzehntelanger Erfahrung („Wer Straßen sät, wird Verkehr ernten.“) gehen die Planer aus Berlin

immer noch davon aus, dass eine neue Straße in aller Regel einen bestehenden Stau ersatzlos beseitigt und außerdem in vielen Fällen eine Abkürzung bildet, wodurch insgesamt automatisch weniger gefahren wird.

Fahrgelder nicht reichen, um den kompletten Betrieb aus eigener Kraft zu finanzieren.

Würde man beim öffentlichen Verkehr genauso rechnen wie bei PKW und



Verlauf der geplanten Dietwegtrasse

Mit diesen super-optimistischen (um nicht zu sagen: falschen) Annahmen wird dann losgerechnet:

Die kürzeren Fahrzeiten schlagen mit ca. sechs Euro (PKW) bzw. ca. 45 Euro (LKW) pro Stunde zu Buche.

Und der geringere Autoverkehr bedeutet weniger Lärm, weniger Abgase, weniger Unfälle – und sogar Fußgänger haben kürzere Wartezeiten am Straßenrand. Das alles wird in Euro umgerechnet, und so wird die neue Straße scheinbar attraktiv. Und besonders attraktiv wird sie, wenn die neu auftretenden Belastungen (Lärm, Zerschneidung) kleingerechnet oder gleich ganz ignoriert werden, wie im Fall der Dietwegtrasse.

Im krassen Gegensatz dazu gelten öffentliche Busse und Bahnen bereits als defizitär, wenn die einkassierten

LKW, dann wäre die Verkehrswende wohl nicht mehr aufzuhalten: Neue Buslinien, neue Bahnstrecken und dichtere Taktzeiten wären fast überall wirtschaftlicher als der Neubau von Straßen.

Reinhard Beneken
BUND Kreisverband Reutlingen

Tipps:

Unter www.keine-dietwegtrasse.org kann man den geplanten Verlauf der Dietwegtrasse im Video abfliegen.

Die Seebrücke in Reutlingen

Schaut man auf die Website der Bewegung „Seebrücke“, so liest man Folgendes: *„Die SEEBRÜCKE ist eine internationale Bewegung, getragen von verschiedenen Bündnissen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit allen Menschen auf der Flucht und erwarten von der deutschen und europäischen Politik sofort sichere Fluchtwege, eine Entkriminalisierung der Seenotrettung und eine menschenwürdige Aufnahme der Menschen, die fliehen mussten oder noch auf der Flucht sind – kurz: Weg von Abschiebung und Abschottung und hin zu Bewegungsfreiheit für alle Menschen.“* Doch wie entstand sie?

Ein Bericht von Sabine Ganowiak



DAY ORANGE – eine Aktion der Seebrücke

Als Ende Juni die „Lifeline“ mit mehr als 230 geretteten Flüchtlingen tagelang auf dem Mittelmeer kreuzte und Malta, Italien oder Spanien die Aufnahme verweigerten, konnten einige Menschen dieses unmenschliche Verhalten kaum ertragen und tauschten sich darüber in einer Chatgruppe aus. Hier konnten sie ihrer Wut und dem Entsetzen Luft machen. Es entstand die Idee zur „Seebrücke“. Eine Webseite wurde geschaltet, auf der aufgefördert wird:

*„Bekenne Farbe“
„Starte selber eine Aktion“
„Erzähle allen davon!“*

So erhält man die Möglichkeit auch im kleinen Rahmen Stellung zu beziehen. Inzwischen werden hilfreiche Verlinkungen aufgeführt, die es möglich machen, Aktionen und Demos durchzuführen.

Zur ersten Demonstration in Berlin kamen um die 12.000 Menschen. Eine Teilnehmerzahl die in ähnlicher Größenordnung bei weiteren Deutschland- und Europaweiten Demonstrationen erreicht wurde. Schnell folgten weitere, nicht nur bundesweit, sondern europaweit. Die Farbe der Bewegung ist orange. Orientiert an der Farbe der Rettungswesten.

Die Mobilisierungen laufen dezentral. Menschen demonstrieren, halten Mahnwachen und organisieren Flash-mobs.

Auch in Reutlingen war für viele die Situation auf der „Lifeline“ Ende Juni oder der Gedanke daran, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken kaum zu ertragen. Ich war eine davon.

Markus Groda, der als Crewmitglied mehrmals auf der „Sea Eye“ Flüchtlinge aus dem Mittelmeer gerettet hatte, plante, im franzK einen Vortrag über die Seenotrettung im Mittelmeer zu halten. Doch er entschied sich anders: „Etwas Größeres muss her.“ und organisierte am 13. Juli 2018 mit anderen eine Demo in Reutlingen. „Stoppt das Sterben, nicht die Retter.“ Diese erfolgreiche Demo führte zur Gründung der Seebrücke Reutlingen-Tübingen, die seitdem nicht nur am Day Orange oder mit Mahnwachen aktiv ist. So werden unter anderem auf Veranstaltungen Infostände angeboten. Sicherlich sind dem einen oder anderen dabei kleine orangefarbene Papierschiffchen aufgefallen?

Ende November findet ein großes Benefizkonzert im franzK statt.

Aktiv mitmachen:

Wer die Seebrücke Reutlingen-Tübingen kennenlernen möchte, kann gerne aktiv mitmachen und zu den offenen Treffen kommen.

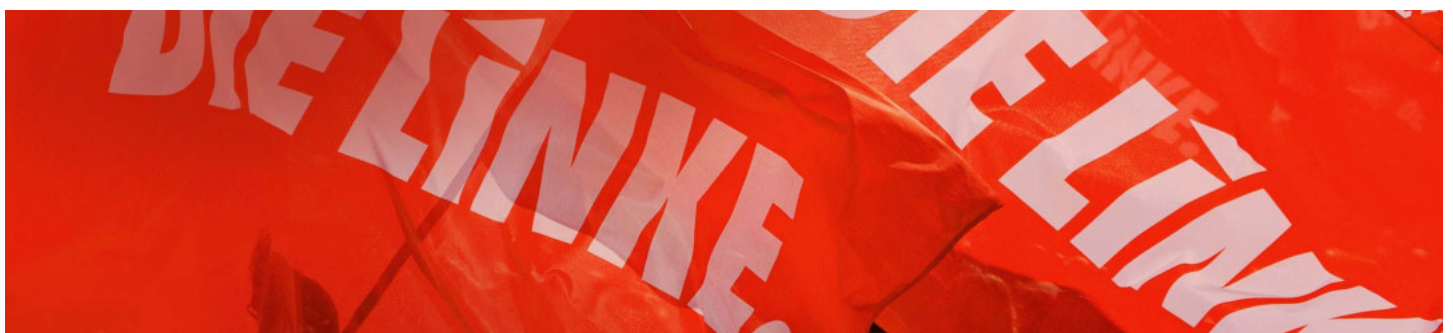
14-tätig dienstags um 19.30 Uhr im Haus der Jugend

Die genauen Termine findet ihr auf unserer Facebook-Seite

Kontakte:

www.seebruecke.org
www.facebook.com/ReuTueSeeBrue/

seebruecke.rt-tue@mtmedia.org



Bundesverdienstkreuz für Günter Jung

Ehrung für jahrzehntelanges Engagement

Wir gratulieren Günter Jung herzlich zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes! Vor 26 Jahren gründete er das erste Asylcafé in Reutlingen und setzt sich seither unermüdlich für die Rechte von Flüchtlingen ein. Mit anderen Gruppierungen gründete er das »Bündnis gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus«, aus dem dann der Arbeitskreis Flüchtlinge hervorging. Die Verleihung fand am 23. Oktober in der Villa Reitzenstein durch Staatsrätin Gisela Erler statt, die seinen erheblichen Beitrag zum Gelingen der ehrenamtlichen Asylarbeit in Reutlingen hervorhob. Lesen Sie hier die vollständige Dankesrede von Günter Jung anlässlich der Verleihung

Haben Sie, Frau Erler, herzlichen Dank für Ihre freundlichen Worte! Ich bin ein paar Mal rot geworden. Ich nehme die Auszeichnung stellvertretend und gerne an für all die Weggefährter*innen, die sich seit 1992 in meiner Heimatstadt Reutlingen als Ehrenamtliche und Hauptamtliche um Flüchtlinge gekümmert haben und dies immer noch tun. Allein wäre das Engagement nicht zu schaffen gewesen, auch nicht durch das affirmative „Wir schaffen das“ der Bundeskanzlerin vor drei Jahren. Deshalb freue ich mich sehr, dass so viele Mitstreiter*innen meinem Wunsch gefolgt sind und mich hierher begleitet haben. Ihnen gebührt diese Auszeichnung in gleicher Weise wie mir.

Mir ist es ein herzliches Bedürfnis, eure Präsenz mit einem Lied zu feiern. Es ist unsere Erkennungsmelodie, die immer dann in Reutlingen erklingt, wenn wir uns treffen zum Gedankenaustausch, zum Feiern oder bei Verabschiedungen. „Nun, Freunde, lasst es mich einmal sagen, gut wieder hier zu sein, gut euch zu sehn“. Die Melodie ist leicht und alle Anwesenden sind herzlich eingeladen, die drei Strophen mitzusingen. Unsere Asylpfarrerin, Frau Fischer, hilft beim Anstimmen! *[Es wird das Lied: „Gut wieder hier zu sein“ von Hannes Wader gesungen]*

Von Sorgen und Ängsten haben wir gerade gesungen, die wir versuchen, solidarisch abzumildern. Ich habe das Gefühl, das reicht nicht. Wir leben in schwierigen Zeiten: Fassungslos sehen wir, wie in einem Überbietungswettbewerb von Politik und Medien das Thema Flucht und Flüchtlinge skandalisiert wird und wie die Sprache verrohrt: „Asyltourismus, Anti-Abschiebe-Industrie etc.“



Günter Jung mit Gästen bei der Feier zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes [Foto: N. Leister]

„Spinnen die alle?“ fragen wir uns. Gemeint sind die in Berlin und München und manchmal auch die in Stuttgart, die in den Parlamenten und Ministerien. Die Gräben zwischen denen, die regieren, und denen, die helfen, sind groß. Bis ins Private wirkt sich das aus, in den Freundeskreisen müssen sich viele Helfer kritisieren lassen, sie spüren permanenten Rechtfertigungsdruck. „Es legt sich ein Mehltau über die Motivation. Das lähmt.“ So wurde kürzlich einer unserer Unterstützer in der Zeitung zitiert.

Und deshalb empfinde ich diese Auszeichnung, die ich, nein alle Helferkreise, heute bekommen haben, so wichtig! Es ist eine aktuelle öffentliche Anerkennung unseres Engagements, das vor lauter Gesetzesverschärfungen, Abschiebungen, Abschottungsmaßnahmen aus dem Blick geraten ist. Jene Millionen kommen nicht

mehr vor, die 2015 als Ehrenamtliche das Asylsystem vor seinem Zusammenbruch bewahrt haben und seither die Integration voranbringen und jetzt mit ansehen müssen, wie aus einem Land der Willkommenskultur ein „gnadenloses“ Land geworden ist, das hemmungslos in unsichere Länder abschiebt, die Festung Europa weiter ausbaut, Flüchtlinge massenhaft ertrinken lässt.

Keine Sorge! Liebe Frau Erler! Angesichts dieser staatlichen und europäischen Zumutungen gebe ich den mir gerade angehefteten Orden nicht zurück, im Gegenteil: Ich trage ihn stolz vor mir her und mit Freude, wenn ich an die vielen Mitstreiter*innen in den Reutlinger Asylcafés denke. Und ich verbinde die Auszeichnung mit einer dringenden Bitte an Ihre Landesregierung: Bekanntlich hat das Land Baden-Württemberg dem Flüchtlingsrat in

in diesem Jahr Mittel in Höhe von 50.000 Euro gekürzt. Das hat dazu geführt, dass die Stellen von zwei Mitarbeiter*innen – sie waren im vom Land geförderten Projekt "Aktiv für Flüchtlinge" beschäftigt worden – dass diese Stellen nicht neu besetzt werden konnten. Das hat wiederum dazu geführt, dass der Flüchtlingsrat von BW, also unser Flüchtlingsrat, sein Angebot reduzieren und z.B. die Telefonberatung am Freitag ganz einstellen musste. Und weitere Mittelkürzungen sind für das kommende Jahr angekündigt. Damit drohen weitere Einschränkungen.

Das ist doch „lähmender Mehltau“ auf unsere Motivation! Wir Ehrenamtlichen sind dringend auf die Angebote des Flüchtlingsrates angewiesen. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Mittelkürzungen gestoppt werden. Und es ist doch wahr: Das Verhalten des Landes wirft ein schiefes Licht auf die Wertschätzung unseres ehrenamtlichen Engagements. Man kann doch auf der einen Seite nicht unsere Arbeit auszeichnen und auf der anderen Seite Mittel für diese Arbeit kürzen.

Ich komme zum Schluss: Wir leben in „harten, bittren, schrecklichen Zeiten“, wenn ich an die Situation der weltweiten Fluchtbewegungen denke, an die vielen Toten im Mittelmeer, die Behinderung bei der Seenotrettung, an die schäbigen Einschränkungen beim Familiennachzug, an die skandalösen Abschiebungen in unsichere Länder und aktuell an die Sammellagerpolitik, die auch von unserem Bundesland vorangetrieben wird. Angesichts all dieser Zumutungen bedarf es der Ermutigung. Lasst uns dazu anstimmen Biermanns Lied aus dem Jahr 1968!

[Es wird das Lied „Ermutigung“ von Wolf Biermann gesungen]

Nochmals vielen Dank für die Auszeichnung! Vielen Dank an alle, die zum Gelingen dieser Feierstunde beigetragen haben. Danke für Ihre und Eure Aufmerksamkeit und natürlich fürs Mitsingen. Danke und Grüße an den Herrn Ministerpräsidenten und nach Berlin, an den Herrn Bundespräsidenten.

Günter Jung, 23.10.2018

Solidarität statt Verteilungskämpfe- für eine solidarische Stadt

Angesichts der zunehmend schärfer werdenden Neid- und Ausgrenzungstendenzen in unserer Gesellschaft schließen sich immer mehr Kommunen dem Netzwerk der „solidarischen Städte“ an, um Ausgrenzungen entgegen zu wirken und den sozialen Frieden in der Stadt zu fördern.

Über eine Gegenbewegung zur Abschottungspolitik schreibt Anita Arndt

Die Grundidee der Bewegung entstammt der Initiative amerikanischer und kanadischer Städte, die als „Sanctuary Cities“ Orte der solidarischen Gemeinschaft bildeten.

Ausgehend von der ambivalenten Haltung von Gesellschaft und Politik gegenüber Geflüchteten hat die Idee bis heute einen aktuellen Anlass, wodurch auch in Europa eine Gegenbewegung zur Abschottungspolitik auf den Plan gerufen wurde.

Nachdem Barcelona dem privaten Rettungsschiff „open arms“ mit gleichlautender wörtlicher Botschaft signalisierte, dass gerettete Bootsflüchtlinge aufgenommen werden, schlossen sich auch andere Städte an.

Eine erste Auswirkung der solidarischen Aufnahme-strategie war die Gleichstellung von Personen unabhängig davon, welches Ausweisdokument sie besitzen. Dadurch soll ALLEN Personen der gleiche Zugang zu sozialen Einrichtungen ermöglicht werden. Die Devise: „don't ask – don't tell“, will die Gleichberechtigung der Personen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus oder deutschem Pass. Die Mitarbeiter kommunaler Stellen sollen den Aufenthaltstitel gar nicht erst abfragen. Eine Extremforderung aus humanitärer Notwendigkeit? Nein, denn schließlich soll nach § 1 Abs. 2 der baden-württembergischen Gemeindeordnung dem Wortlaut nach „das gemeinsame Wohl der Einwohner“ gefördert werden!

Die Definition der Einwohner kann sich nur auf den örtlichen Wohnsitz beziehen und nicht auf Nationalität, Bleiberecht, Einkommen, Alter, Religion oder Handicap.

DIE LINKE schließt sich dieser Grundhaltung an und plädiert dafür, dass der Städtetag die Kommunen dazu ermutigen und sogar auffordern soll, in ihren Ämtern und Behörden die benachteiligende Kategorisierung auszusetzen und den Bewohnern der Gemeinde Gleichheit in Teilhabe und Rechten zu garantieren.

Als Leitlinie für diese Haltung dient der Grundsatz, eine diskriminierungsfreie Teilhabe und gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bevölkerung zu ermöglichen.

Selbstverständlich müssen bei dieser Forderung auch Hindernisse und Risiken abgewogen werden. Beispielsweise, wie bei Asylbewerbern die Identitätsfeststellung erfolgen soll, und welche Konsequenzen bei „verdächtigen Personen“ gerechtfertigt sein sollen. Wie kann die verweigerte Mitwirkung von Mitarbeitern des Sozialdienstes und Ordnungsbehörden bei Abschiebungen sanktionsfrei bleiben?

Das von der Bewegung „solidarische Stadt“ angestrebte Recht auf globale Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit stellt gewiss große Anforderungen an die Bereitschaft in der Bevölkerung, vor allem dann, wenn die „vermeintlich Benachteiligten“ das Gefühl von Bedrohung und Neid nicht zu überwinden vermögen.

Die große Herausforderung der Politik bedeutet aktuell, gleichwertige Lebenssituationen für alle möglich zu machen, damit keine Neiddebatten und Verteilungskämpfe eine gelebte Solidarität behindern. DIE LINKE hat ihre politische Zielsetzung jedenfalls darauf ausgerichtet.



Beim Abschieben sind sie fix, für die Beschäftigten tun sie nix!

63 Punkte umfasst der „Masterplan Migration“ von CSU Bundesinnenminister Horst Seehofer. Alles wird darin besprochen und geregelt und atmet einen Geist der Abschottung, der Restriktionen und Inhumanität. Nicht nur der politisch umstrittene Punkt der Zurückweisung von Asylsuchenden direkt an der Grenze ist ein Problem.

Günter Busch berichtet über die Schließung der BAMF-Außenstelle Eningen zum Jahresende

Kein einziger dieser 63 Punkte befasst sich aber mit der Situation der Beschäftigten in den Einrichtungen.

Stattdessen ist von Ankerzentren, Zentralisierung, Beschleunigung von Abschiebungen, Effizienzsteigerungen, Wohnsitznahme- und Aufenthaltspflicht und von der Durchsetzung von einheitlichen Standards die Rede.

Um die Ziele dieses Horrorkataloges zu erreichen, machen die Schließungen von Außenstellen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Konzentration auf wenige zentrale Einrichtungen durchaus Sinn. Es geht nicht nur um Kosten.

Vielmehr können die zentralen Aufnahmestellen einfacher in Ankerzentren umgewandelt werden, die Flüchtlinge können leichter kaserniert und bewacht und sie können von dort aus leichter abgeschoben werden. Bei den Beschäftigten können einheitliche Arbeits- und Verhaltensstandards eingeführt, kontrolliert und durchgesetzt werden.

Die BAMF-Außenstelle Eningen u.A. im Landkreis Reutlingen ist eine von neun Außenstellen in Baden-Württemberg, die geschlossen werden sollen. Zum 31.12.2018 werden die Tore dicht gemacht. Dann müssen alle Geflüchteten von anderen Einrichtungen betreut werden und die Beschäftigten in anderen Dienststellen untergebracht sein. Übrig bleiben dann noch die zentralen Aufnahmestellen in Karlsruhe, Freiburg, Ellwangen, Sigmaaringen und das Ankunftscenter in Heidelberg. Für die z.Zt. noch 50 Beschäftigten in Eningen gäbe es Arbeit genug: Abwicklung von Asylverfahren, Anhörungen, Begleitung von Prozes-

sen sowie die Steuerung und Koordination der vielfältigen Integrationsmaßnahmen. Die Beziehungen und die regionale Vernetzung zu Behörden, Gerichten und Hilfeeinrichtungen sichern die Qualität der Dienstleistungen.

Für Jessica Tatti, Bundestagsabgeordnete der LINKEN, ist die Schließung unverständlich, auch weil die Bundesregierung erst gerade beschlossen hat, 1.650 neue Stellen für das BAMF zu schaffen und 4.500 befristete Verträge zu entfristen: „Eingespielte Kontakte und eine gute regionale Vernetzung sind Grundlage für eine gelingende Integration. Wenige zentrale Stellen können dies nicht in diesem Maße leisten.“

Begründet wird die Schließung der Außenstelle Eningen u.A. mit den rückläufigen Asylbewerberzahlen, die eine Verminderung der Standorte nötig machten, teilte die Bundesregierung auf Anfrage von Jessica Tatti mit.

Wenn der Schließungsbeschluss schon nicht zu verhindern ist, sollte es doch wenigstens gute, sozialverträgliche Lösungen für die anstehenden Versetzungen von Beschäftigten an andere Standorte geben.

Sollte man meinen. Doch nur wenige Monate vor der Schließung gibt es für die Beschäftigten immer noch keine sichere Perspektive. Die Betroffenen reagierten. Es gab anonyme Briefe an die örtliche Presse, Interviewanfragen und Anträge an den Petitionsausschuss des Bundestages.

Die Reutlinger Abgeordnete Jessica Tatti stellte eine weitere Anfrage an die Bundesregierung, wie es mit den

Beschäftigten konkret weitergeht:

- Ist die Schließung der Außenstelle wirklich notwendig?
- Gibt es Alternativen?
- Wie wirkt sich die Schließung auf die Qualität der Arbeit des BAMF aus, insbesondere im Bereich Integration?
- Wie weit sind die Sozialplanverhandlungen?
- Wie könnten sozialverträgliche Lösungen für die Beschäftigten konkret aussehen?
- Wie wird Einvernehmen mit den Beschäftigten hergestellt?
- Gibt es besondere Härtefälle? Sind Beschäftigte durch ihre Familien, Kinder, Berufstätigkeit des Partners, Behinderungen, langjährige Beschäftigung, Wohnungseigentum oder durch ein besonderes soziales Umfeld an Reutlingen gebunden?

Doch das Bundesinnenministerium war nicht willens oder nicht in der Lage, viele der Fragen nach einer sozialverträglichen Lösung zu beantworten.

Für die Beschäftigten kann es äußerst schwierig werden: Wird ein Versetzungsangebot nicht angenommen, drohen Zwangsversetzung, Änderungskündigung und zum Schluss die betriebsbedingte Beendigungskündigung.

„Es ist ein Skandal, wie Horst Seehofer mit den BAMF-Beschäftigten umgeht. Sie zählen bei ihm offenbar nicht viel,“ so MdB Jessica Tatti, die den Prozess der Schließung weiter verfolgen wird und in Kontakt mit dem Personalrat steht.

Links in Reutlingen

Links in Reutlingen bewegt sich eine stetig wachsende, facettenreiche Gruppierung aus Mandatsträgern, Wissenschaftlern, Fachleuten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in verschiedenen Gremien, Arbeitsgruppen und Initiativen. Ihre gemeinsamen Werte der Menschlichkeit, ihr Sinn für soziale Gerechtigkeit und ihr hoher Respekt gegenüber unseren natürlichen Ressourcen sind Grundlage für ihr lokalpolitisches Handeln. In diesem Sinne setzt sie sich für ein harmonisches Miteinander in einer offenen Gesellschaft, für eine gerechte Wirtschaft, die Mensch und Umwelt nicht aus den Augen verliert und für den Erhalt unserer demokratischen Grundwerte und des Friedens ein. Ein kleiner Einblick in unsere Strukturen:

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Der Landesverband DIE LINKE in Baden-Württemberg gliedert sich in Kreisverbände. Der Kreisverband Reutlingen umfasst das Gebiet innerhalb der Verwaltungsgrenzen des Landkreises und ist zuständig für alle politischen und organisatorischen Aufgaben ihres Gebietes, sofern durch die Bundes- oder Landessatzung keine andere Zuständigkeit bestimmt wird.

Am 01.11.2018 hatte die Mitgliederversammlung ihren neuen Vorstand gewählt.

Er setzt sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand Petra Braun-Seitz und Rüdiger Weckmann, den Beisitzer/innen Jessica Tatti, Sabine Ganowiak, Marc Gminder, Hans Schäfer, Günter Busch und der Kassiererin Maggy Herbig.

Die Sitzungen des Kreisvorstandes sind in der Regel mitgliederöffentlich.

LINKE LISTE Reutlingen

Die LINKE LISTE wurde 2008 als Verein gegründet. Sie stellt die Kandidaten für die Wahl des Gemeinderats und des Kreistags. Die LINKE LISTE steht auch denjenigen offen, die nicht Parteimitglied sind.

Der Verein LINKE LISTE Reutlingen orientiert sich an den gleichen politischen Werten wie DIE LINKE.

Bundestagsmandat

Seit der Bundestagswahl 2017 ist Jessica Tatti Abgeordnete der Linksfraktion im Bundestag. Sie ist Mitglied des Landesvorstands der Partei DIE LINKE in Baden-Württemberg und war von 2014 bis 2017 Stadträtin in Reutlingen.

Gemeinderat Stadt Reutlingen

Die LINKE LISTE Reutlingen ist im Gemeinderat durch Carola Rau (seit April 2018) und durch Rüdiger Weckmann (seit November 2017) vertreten.

Kreistag

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag bilden Petra Braun-Seitz und Thomas Ziegler.

Linker Arbeitskreis Lokalpolitik (LAK)

Der LAK ist unser 14-tägiger kommunalpolitischer Arbeitskreis. Hier werden alle aktuellen Themen diskutiert, die Stadt und Landkreis betreffen. Es entstehen Ideen für unsere Region und Lösungen für lokale Herausforderungen. Im LAK treffen und koordinieren sich fachspezifische Arbeitsgruppen und darüber hinaus wird die Arbeit der Mandatsträger unter anderem bei der Erarbeitung von Anträgen im Gemeinderat unterstützt.

Der LAK ist ein Ort für aktive politische Arbeit „links in Reutlingen“ und offen für alle Interessierten.

Treffen und Termine:

Kreisvorstandssitzungen

Monatlich für Mitglieder öffentlich im Büro in der Karlstraße 16

Mitgliederversammlungen

Auf schriftliche Einladung in der Regel zwei Mal jährlich im Büro in der Karlstraße 16

Linker Arbeitskreis Lokalpolitik

Montags 14-tägig jeweils 19:30 Uhr im Büro Karlstraße 16

Stammtisch

Jeweils am ersten und dritten Mittwoch des Monats ab 19:30 Uhr im Café Nepomuk, Unter den Linden 23

Bekanntgabe der genauen Termine, Terminänderungen und weitere Veranstaltungen: die-linke-reutlingen.de und lili-rt.de

Kontakte:

Stadträtin Carola Rau

E-Mail: carolarau@web.de

Stadtrat Rüdiger Weckmann

E-Mail: weckmann@kabelbw.de

Kreisrätin Petra Braun-Seitz

E-Mail: p.braun-seitz@t-online.de

Kreisrat Thomas Ziegler

E-Mail: ziegler.rae@gmx.de

Jessica Tatti (MdB)

Wahlkreisbüro Reutlingen

E-Mail: jessica.tatti.wk@bundestag.de

Telefon: 07121 5509911



DIE LINKE.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Kreisverband Reutlingen

Karlstraße 16, Eingang Mauerstr.

72764 Reutlingen

Telefon: 07121 8793039

Fax: 07121 8793038

E-Mail: linke-buero@gmx.de

www.die-linke-reutlingen.de

www.lili-rt.de

V.i.S.d.P.: Rüdiger Weckmann

LINKE LISTE

Mitmachen...

Es wird spannend! Nicht zuletzt im Hinblick auf die bevorstehende Kommunalwahl. Wir freuen uns über neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter und über Neumitglieder. Komm uns einfach im LAK besuchen oder schreibe uns, wenn du Fragen hast.

linke-buero@gmx.de

facebook.com/dielinkereutlingen

